



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 33 6 89 0

F/XVI/272 - 4. Dezember 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Schluss mit den Spekulationen!</u> "Berlin-Vorschläge" am laufenden Band	41
2 - 3	<u>Berlin darf uns nicht ruhig schlafen lassen!</u> Willy Brandts offene Worte vor der Berliner SPD	90
3a	<u>"Nicht möglich"</u> Herr Flack und die Bonner Korrespondenten der deutschen Presse	35
4	<u>Alt- und Neurentner gleich behandeln!</u> Rentenerhöhung um 8,3 Prozent? Von Konrad Schayer	41
5 - 6	<u>Nepal - Aufmarschplatz gegen Indien</u> Schatten einer neuen Tragödie in Asien	68

* * *
* * *

Schluss mit den Spekulationen!

"Berlin-Vorschläge" am laufenden Band

sp - Es vergeht kaum ein Tag, da im Westen nicht irgend jemand eine neue "Berlin-Lösung" in Presse, Rundfunk oder durch amtliche und halbamtliche "Sprecher" verkünden lässt. In dieser Beziehung ähnelt der Wirrwarr von "Berlin-Vorschlägen" genau den Tagen und Wochen nach dem ersten Chruschtschow-Ultimatum im November 1958. Auch damals hörten manche Leute die Flöhe kusten.

Die Situation jetzt aber ist viel ernster. Während seinerzeit die zahlreichen Versuchsballone meist zu dem Zweck gestartet wurden, die Lösung des Berlin-Problems vor sich hinzuschleichen oder Herrn Chruschtschow das Ultimatum abzukaufen, benimmt man sich jetzt mancherorts so, als wolle man mit schlechten Kompromissen Berlin loswerden.

Die Männer im Kreml, Herr Chruschtschow an der Spitze, brauchen nichts weiter zu tun, als das Puzzlespiel von Vorschlägen und Gegenvorschlägen zusammensetzen und dann, je nach Lust, Laune oder Temperament, ihre eigenen Pflocke zu stecken.

Das Schlimmste ist jedoch, dass sich auch offizielle westdeutsche politische Kreise an dieser Art von "Diplomatie" beteiligen. Sei es, dass ihre Exponenten selbst deplacierte Bemerkungen machen, sei es, dass sie durch gewollte Indiskretionen dafür sorgen, dass diese oder jene Erwägung zum Gegenstand einer öffentlichen Polemik wird.

Mitunter muss man auf den Gedanken kommen, irgend jemand könnte ein Interesse daran haben, in der Bundesrepublik eine anti-amerikanische Stimmung aufkommen zu lassen. Dabei haben Präsident K e n n e d y und sein Außenminister Dean R u s k gerade in den letzten Tagen wiederholt sehr eindeutig erklärt, dass die USA die Freiheit Westberlins nicht antasten lassen werden.

Anstatt auf deutscher Seite mit allen Kräften dafür zu sorgen, dass so schnell wie möglich ein Höchstmaß von Gemeinsamkeit in der westlichen Haltung erreicht wird, tut das offizielle Bonn leider so, als müssten andere für uns die Kastanien aus dem Feuer holen.

Jeder Tag, der so verloren geht, ist ein Gewinn für Chruschtschow und Ulbricht. Jede sogenannte private Überlegung wird von Moskau und Pankow dazu benutzt, um neue Tatsachen zu schaffen, um bei eventuellen Ost-West-Verhandlungen bereits eine Position bezogen zu haben, die den Westen immer mehr in die Defensive drängt.

Für alle ernsthaften Politiker sollte es daher eine Selbstverständlichkeit sein, auf ihre Weise dafür zu sorgen, dass endlich mit den Spekulationen über mögliche Kompromisse Schluss gemacht wird. Kompromisse können notwendig sein; sie sind aber Gegenstand von Verhandlungen und wären dann in Erwägung zu ziehen, wenn sich auch die andere Seite zu Kompromissen bereit zeigt.

Berlin darf uns nicht ruhig schlafen lassen!

Willy Brandts offene Worte vor der Berliner SPD

sp - Zu Beginn der Woche, in deren Mitte der Bundestag in einer weitläufigen Plenarsitzung zur vierten Regierungserklärung Konrad Adenauers Stellung nehmen soll, liegt in der offenen Sprache, die der Berliner schon immer ausgezeichnet hat, eine sehr freimütige Meinungsäußerung des freien Teils der deutschen Hauptstadt und seines Regierenden Bürgermeisters vor, der am Mittwoch in Bonn für die SPD und ihre Bundestagsfraktion als Hauptsprecher auftreten wird.

Diese offene Meinungsäußerung, die Willy Brandt vor dem außerordentlichen Parteitag der Berliner SPD in deren Namen und im Namen der Berliner insgesamt abgegeben hat, läßt keinen Zweifel mehr über die Stimmung und die Haltung der Menschen in der vom SED-Lexorregime rings umschlossenen Inselstadt zu. Wenn Willy Brandt als am Mittwoch vor dem Bundestag für die SPD zum Ausdruck bringen wird, was nach Ansicht der Deutschen Sozialdemokratie eine Regierungserklärung einer deutschen Bundesregierung zum Ausgang des Jahres 1961 in der Berliner und deutschen Frage zu sagen gehabt hätte, dann wird auf der Rednertribüne des Deutschen Bundestages nicht nur der Bundestagsgeordnete und das Parteivorstandsmitglied der SPD, sondern auch der Regierende Bürgermeister der Stadt stehen, um deren Schicksal es heute stellvertretend für Deutschland geht.

Willy Brandt hat am Sonntagabend jedem unmißverständlich gesagt, daß es keine Lösung der Berlin-Frage gegen die Berliner geben wird, die jederzeit bereit sein werden, ihre Meinung vor aller Welt auch in der gebotenen formellen Öffentlichkeit kundzutun. Nach Ansicht der Berliner und ihrer politischen Führung kann es auch heute keine isolierte Berlin- und schon gar nicht eine isolierte Westberlin-Lösung geben. Nach Ansicht Berlins muß zwischen West und Ost verhandelt werden, und es muß daher schnell eine einheitliche und gemeinsame westliche Verhandlungsposition erarbeitet werden, damit rasch und ohne weiteren Zeitverlust geklärt werden kann, ob die Sowjetunion zu tatsächlichen Verhandlungen auf einer solchen Basis bereit ist. Diese Basis setzt sich nach Ansicht Berlins u.a. aus folgenden Komponenten zusammen: Erhaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes mit den originären Rechten der Schutzmächte und mit ihren Verpflichtungen, die sie bis zur Lösung der deutschen Frage übernehmen haben; Erhaltung der vollen Lebensfähigkeit Berlins, also mit dem Kernstück der engen Verbindungen Berlins zur Bundesrepublik, weil die "drei Essentials" der bisherigen westlichen Programms, nämlich Westtruppen in Berlin, freie Zugänge nach Berlin und Freiheitsrechte der Berliner, für sich allein unzulänglich sind; die "Mauer" und die Annektion Ostberlins, wobei vorrangiges Ziel die Milderung der unmenschlichen Auswirkungen der Abriegelung zu sein hat.

Diese Position Berlins steht also jetzt vor uns. Die Berliner haben offen gesagt, was sie denken und wollen, und sie erwarten offene Antworten. Sie erwarten auch Taten, und sie können sich mit unbedingtem Recht verlangen, denn an dem, was in und mit Berlin geschieht, wird die Welt den Willen der Deutschen messen können und zu messen haben, sich selbst zu behaupten und die deutsche Selbstbestimmung zu verwirklichen. So ist die Erhaltung der Lebensfähigkeit Berlins eine Aufgabe aller freien Deutschen, und jeder Deutsche muß wissen, daß wir von den Schutzmächten nicht mehr verlangen können, als wir selbst zu tun und zu geben bereit sind.

Hier beginnt der Katalog der Fragen an die Bundesregierung, und Willy Brandt hat am Sonnabend in Berlin nicht gezögert, auch in diesen Passagen seiner Rede so offen und so deutlich zu sprechen, wie es die Berliner von ihm erwarten konnten.

Da ist vor allem etwa zu fragen, wie und in welcher Weise die Bundesregierung nicht nur mit Worten, sondern mit effektiven Taten die feste Verbindung der Berlin- mit der deutschen Frage sichern will. Da ist weiter zu fragen, was die Bundesregierung zur Ausführung der gefährlichen Lüge getan hat und tun wird, die bei der Nennung des Namens Berlin vorgibt, von der ganzen Stadt zu sprechen, und die doch nur die halbe Stadt meint. Da ist auch zu fragen, was von der Bundesregierung aus geplant ist und geschieht, um zu verhindern, daß der Ruf "Die Mauer muß weg!" zu einer ähnlichen Forderung wird wie der Ruf nach der Wiedervereinigung. Da ist dann zu fragen, was die Bundesregierung gegen jene heimlichen und verborgenen Berlin-Feinde "in anderen Regionen", als in denen "jenseits der Mauer", wo die offenen Berlin-Feinde zu Hause sind, unternehmen will und unternimmt, für die Berlin immer nur ein unannehmlicher Ruhestörer gewesen ist und die auch der Mauer eine rationale Begründung abzuluchsen vermögen. Da ist schließlich, ohne daß der Fragen-Katalog abgeschlossen wäre, zu fragen, was die Bundesregierung an tatsächlichen Initiativen und Aktivitäten zu entfalten gedenkt, um zu verhindern, daß eine gegen die Lebensinteressen der Berliner und ihrer Stadt gerichtete Lösung getroffen werden könnte.

Willy Brandt sprach in Berlin davon, daß diese Stadt, die wieder zu einer großen Gemeinde zusammenkommen muß, damit sie das wache und unruhige Herz des heute gespaltenen Vaterlandes sein kann, "ein Pfahl in der Wunde des Unrechts" sein müßte, der sie nicht vernarben lasse. Das aber heißt, zu uns Deutschen im freien Westen gesprochen, daß dieser Pfahl auch unser Pfahl sein muß, und daß die Mauer nicht "einfrieren" und damit auch nicht zu einem Ausflugsziel für Stadtrundfahrten und Pflichtbesuchen werden darf. "Wir werden nicht eher wieder ruhig schlafen, bis die Mauer verschwunden ist!", rief Willy Brandt für seine Berliner aus. Wollen wir, will die Bundesregierung etwa vorher ruhig schlafen?!

Nicht möglich!

Herr Flach und die Bonner Korrespondenten der deutschen Presse

sp - Der weltberühmte Clown G r o c k erfreute jahrzehntelang sein Publikum mit dem dümmlichen Ausruf "Nicht möglich!" Dieses Wort kam immer dann, wenn Grock einer von ihm selbst verursachten komischen Situation Ausdruck geben wollte. Zum Beispiel, wenn das Klavier zu weit vom Klaviersessel stand und Grock mühsam den schweren Kasten rückte, um die Tasten erreichen zu können.

"Nicht möglich!" ist man versucht auszurufen, wenn man hört, daß Herr Karl Hermann F l a c h, Bundesgeschäftsführer der FDP, am 3.12.1961 in Eichholz bei Bonn in einer Diskussion mit katholischen Publizisten gesagt haben soll:

- * "Die deutsche Presse, vor allem aber deren Bonner Korrespon-
- * denten, hat sich in der Zeit der Regierungsbildung so verhalten,
- * wie die Nazipresse, wenn sie über die 'Systemzeit'
- * schrieb."

Wir glauben diese Geschichte einfach nicht, denn wir wissen aus genauer Beobachtung der entscheidenden Zeitungen der Bundesrepublik, daß diese zwar an verschiedenen Manipulationen während der Regierungsbildung sachlich Kritik übt, aber immer mit der Absicht, die demokratische Substanz unseres Staates zu stärken. Mitgeteilt wurde uns der angebliche Ausspruch des Herrn Flach von drei katholischen Publizisten, von denen wir mit Bestimmtheit annehmen dürfen, daß sie das achte Gebot (Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten) genau kennen.

Andererseits wissen wir von Herrn Flach, daß er große Stücke von der Bonner Presse hält und sich stets bemüht - ohne Rücksicht auf Verluste - das Klima zwischen der von ihm gelegentlich vertretenen Partei und den Journalisten so gut wie möglich zu gestalten.

Deswegen möchten wir mit Grock zu der unglaublichen Geschichte sagen: "Nicht möglich!" - denn wir wollen gewiß nicht, daß die Bonner Presse eines Tages auf den Klavierspieler schießt.

Alt- und Neurentner gleich behandeln!

Von Konrad Schayer

Die erste Lesung des Vierten Rentenanpassungsgesetzes hat noch keine Klarheit darüber gebracht, um welchen Prozentsatz die Renten erhöht werden. Angesichts der Tatsache, dass das Sozialprodukt im vergangenen Jahr um 11,6 Prozent gewachsen ist, empfinden die Rentner die von der Bundesregierung vorgeschlagene Erhöhung um 5 Prozent als unbefriedigend. Es ist allgemein bekannt, dass infolge des Ausfalls einer Rentenanpassung die Altrenten hinter den Neurentner um ein Jahr hinterherhinken.

Dem Grundsatz nach haben sich sowohl der Bundesarbeitsminister wie der Sprecher der FDP dazu bekannt, dass eine Gleichbehandlung von Alt- und Neurentnern wünschenswert sei. Aber der Bundesarbeitsminister hat im gleichen Atemzuge gegen die nachholende Anpassung den Einwand erhoben, dadurch würden weitere Rentenanpassungen in der Zukunft gefährdet.

Dieses Argument ist zu abgegriffen, um überzeugen zu können. Die Bundesregierung hat seit 1958 Jahr für Jahr erklärt, man könne gerade noch eine Anpassung vornehmen, jede weitere Anpassung liesse sich finanziell nicht mehr verantworten. Professor Schell -
Lenberg, der Sprecher der SPD-Fraktion, konnte jetzt darauf hinweisen, dass sich das Vermögen der Rentenversicherungen seit Mitte 1956 bis Ende 1961 um nicht weniger als zehn Milliarden DM erhöht hat, nämlich von rund 8,5 Milliarden DM auf rund 18,3 Milliarden DM unter Berücksichtigung der Erstattungsleistungen des Bundes nach § 90 des Bundesversorgungsgesetzes.

Um aber allen möglichen Bedenken hinsichtlich der zukünftigen finanziellen Entwicklung Rechnung zu tragen, schlug der Sprecher der SPD-Fraktion vor, die fällige Nachholung der Anpassung in zwei Stufen vorzunehmen. Die nachholende Anpassung um den Satz von 6,6 Prozent soll danach zunächst nur zur Hälfte vorgenommen werden. Praktisch würde sich mit Wirkung ab 1. Januar 1962 eine Rentenerhöhung um 6,3 Prozent ergeben (5 Prozent laufende Anpassung entsprechend dem Vorschlage der Bundesregierung plus die Hälfte der Nachholung = 3,3 Prozent). Der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion hat zugesagt, dass man den Vorschlag der SPD bei den Beratungen im Ausschuss gewissenhaft prüfen werde.

Die Rentner dürfen also noch hoffen. Bundestag und Bundesregierung haben in den letzten Wochen bekanntlich in Sachen Weihnachtszuwendungen Verständnis für die Beamten an den Tag gelegt. Mit der Bewilligung einer Rentenerhöhung von 8,3 Prozent würde man auch den Rentnern eine Weihnachtsfreude bereiten. Möge der Bundestag bei seiner Entscheidung auch daran denken!

Nepal - Aufmarschplatz gegen Indien

I.D. - In dem himalayischen Bergstaat Nepal hat sich eine politische Tragödie an, deren Schatten weit über die Grenzen des kleinen Landes hinaus auf die freien Staaten des asiatischen Kontinents fallen werden.

König Mahendra, dem es die demokratischen Kräfte des Landes ermöglichen, seine Funktionen im Rahmen einer konstituierten Monarchie wieder auszuüben, vertrieb das erste frei gewählte Parlament und seine Regierung nach kurzer Periode friedlichen Aufbaus und richtete ein Regime der Unterdrückung auf, ähnlich dem, das in Nepal ein Jahrhundert lang bis 1951 die Menschen gepeinigt hatte. Der mit einer großen Mehrheit gewählte und überaus populäre Ministerpräsident Bisweswar P. Koirala wartete nach zum einjähriger Haft vergebens auf ein ordentliches Gerichtsverfahren, das ihm der König nicht zu gewähren bereit zu sein scheint.

Inzwischen formiert sich in Indien eine Befreiungsbewegung, der ständig neue Politiker durch abenteuerliche Flucht über die Grenzen zuströmen. Indiens Premierminister Nehru nimmt die flüchtigen Nepalesen mit freundschaftlichem Verständnis auf. Denn ihm behagte weder Nepals Rückfall in eine Diktatur mit feudalistischem Einschlag noch die Verhaftung Koiralas, von dem er wußte, daß dieser mit einer sehr geschickten neutralistischen Politik sich und ihm die Chinesen vor Hals zu halten verstand.

Erst kürzlich berichtete der aus Nepal entflohone Führer der ehemaligen parlamentarischen Opposition, daß König Mahendra mit dem chinesischen Nachbarn ein weitreichendes, bisher vor der Welt geheimgehaltenes Abkommen unterzeichnet habe. Zur Regelung von Grenzstreitigkeiten war der König nach Peking gefahren. Er kam zurück beladen mit Geschenken vom "großherzigen" chinesischen Bruder. Da waren zunächst 9,5 Millionen Dollar zum Bau einer Autostraße zwischen der tibetischen Hauptstadt Lhasa und der nepalesischen Kathmandu. Diese Straße, die unter Aufsicht chinesischer Ingenieure gebaut werden soll, ist von erheblicher strategischer Bedeutung für China. Sie wird den Chinesen den Weg nach Süden, also nach Indien freigeben. Dies ist umso beängstigender, als das Verhältnis dieser beiden Staaten bereits heute äußerst gespannt ist. Die Chinesen haben seit 1959 widerrechtlich einige tausend Quadratkilometer indischen Dschungelgebietes einfach in Besitz genommen. Der Zugang nach Indien über Nepal aber hätte für die Chinesen den nicht zu überschendenden Vorteil, daß sie auf indischem Gebiet sofort auf ausgebauten Straßen und Eisenbahnwege stoßen würden.

Die Chinesen verfolgen mit dieser durch die neue Straße verbesserten Verbindung zu Nepal nicht nur politische Ziele. Nepal soll von Indien wirtschaftlich unabhängig werden. Darum werden mit Hilfe der Chinesen

Konsumgüterindustrien in Nepal errichtet werden. Die dazu benötigten nepalesischen Techniker und Facharbeiter werden in China für ihre neuen Aufgaben ausgebildet. Insgesamt wird die vorgesehene Hilfe der Chinesen für Nepal 34 Millionen Dollar betragen. So drängen die Chinesen in einen traditionellen indischen Markt ein, eine Methode, die sie auch bereits in anderen südostasiatischen Ländern in Anwendung zu bringen suchen.

Verständlich, daß die Inder diese Entwicklung mit wenig Freude beobachten, die sie allein König Mahendras politischer Unerfahrenheit zuschreiben müssen. Die im Exil lebenden Nepalesen fürchten zudem, daß das Regime des Königs das Land ohnehin binnen kürzester Frist in die Arme des Kommunismus führt. Sie sind überzeugt davon, daß die nepalesische Bevölkerung den Rückfall in den Feudalismus nicht auf die Dauer ertragen wird. Die Gefahr des Bürgerkrieges liegt auf der Hand, zumal die Chinesen durch die neu eröffneten Kanäle nur zu gern eine derartige Situation schüren helfen würden. Selbst wenn dies als einzige Möglichkeit erschiene, Nepal vom König und seinen Vasallen zu befreien, so wäre die Gefahr gegeben, daß eine andere Form der Diktatur dieses Land in seine Klauen bekommt.

Indiens Premierminister Nehru müßte trotz der daraus erwachsenden Gefahr für Indien einer solchen Entwicklung tatenlos zusehen. Die Macht, zu verhindern, daß die gegen den König gerichteten Kräfte in Nepal in die Hände des Kommunismus fallen, hätte nur der Sozialist Bisweswar Koirala. Er aber siecht im Gefängnis von Kathmandu schon - ein jahrelanges schweres Leiden ist durch die menschenunwürdige Haft erneut aufgebrochen. Den Politik spielenden König, der im Begriff ist, Südostasiens politisches Gleichgewicht ins Wanken zu bringen, beschwert das alles nicht. Momentan genießt er die Macht, die er sich erbetzte, und nutzt sie im weltpolitischen Geschehen wie das Reizen beim Pokerspiel.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel